

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 25 M., unter Streifenband 33 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenufer 1
Postscheckkonto: Berlin 10 301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

In der Zeit v. 11. Febr. bis 24. Febr. sind die Beiträge für die 7. u. 8. Woche fällig.

Neue Beitragsklassen

sind eingerichtet. Sie sind ab 300 M. um je weitere 50 M. gestaffelt. Es werden demgemäß Beitragsmarken zu 350, 400, 450, 500, 550 und 600 M. zunächst herausgegeben. Für die Zuweisung in die einzelnen Beitragsstaffeln gilt die Bestimmung unserer Satzung, wonach mindestens vier Fünftel eines Stundenlohnes als wöchentlicher Beitrag zu zahlen ist.

Die Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützungen erhöhen sich in jeder der neuen Beitragsstaffel um je 20 M. pro Tag.

Die tägliche Streikunterstützung beträgt entsprechend deren Neuregelung je nach der Dauer der Mitgliedschaft das 1¼—2¾ fache eines Wochenbeitrages.

Die Hauptverwaltung. Alb. Lehmann.

Die Verhältnisse innerhalb der Ortsverwaltung Berlin im Jahre 1922.

Gemessen an den heutigen, in mehr wie einer Beziehung abnormen Zuständen, können die Verhältnisse im Vorjahre noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden. Vor allen Dingen war die Arbeitslosigkeit eine gute. Zeitweise war sogar, besonders in der Landschaftsgärtnerei, ein Mangel an gelernten Arbeitskräften vorhanden. Bei der Lohnpolitik der meisten unserer Unternehmer, möglichst viel schlecht bezahlte, ungelernete Kräfte zu beschäftigen, braucht dies nicht wunder zu nehmen. Eine derartige Abwanderung, vielfach der besten Kräfte, nach anderen Berufen, wie im Vorjahre, war bisher sicher nicht zu verzeichnen. In einigen Fabriken sind ganze Kolonnen von Berufskollegen, die bisher hauptsächlich in der Handelsgärtnerei arbeiteten, zu finden. Bei dieser Entwicklung kann man überhaupt die Frage aufwerfen, ob es sich lohnt, für die weitere Ausbildung der Lehrlinge und Junggehilfen einzutreten, wenn alle aufgewandte Mühe durch das Unternehmertum illusorisch gemacht wird, indem die jungen Kollegen gezwungen werden, ihr Heil anderweitig zu versuchen, wollen sie nicht der vollständigen Verhöhnung und Verelendung preisgegeben sein. Bis jetzt sind wir in dieser Beziehung, wie auch die finanzielle Beteiligung an der hiesigen Fachschule beweist, für die Weiterbildung der jungen Generation eingetreten.

Aber die Berliner Handelsgärtnerei, vor allem ihre Gruppenleitung, kann es sich gesagt sein lassen, daß wir uns zu dieser Frage, wie zu sonstigen Berufsfragen, eine andere Stellungnahme vorbehalten müssen, falls man ein derartiges rückschrittliches Gebaren weiter an den Tag legt. „Es war aber keine Neigung vorhanden, von den entgegenstehenden Beschlüssen, die wiederholt gefaßt wurden, abzugehen,“ lautet in lakonischer Kürze die Antwort, die auf unseren Antrag vom 17. November 1922, in Tarifverhandlungen einzutreten, nach acht Wochen einging. Dieser Haltung entspricht auch die Bezahlung in den meisten Handelsgärtnereien, die als eine geradezu erbärmliche bezeichnet werden muß. Die schwierige Lage der Handelsgärtnerei soll von uns durchaus nicht verkannt werden, aber mit den bisher geübten Methoden wird man den Niedergang des Berufes nicht aufhalten, und was viel wichtiger ist, den Wiederaufbau nicht vorbereiten. Solange sich die Arbeitgeber nicht dazu verstehen können, die Gleichberechtigung der

Arbeitnehmer anzuerkennen, haben wir keine Veranlassung, die verschiedenartigsten Bestrebungen der Arbeitgeber in wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen. Interessant sind in dieser Beziehung die an anderer Stelle vorliegender Zeitung erwähnten Forderungen des Reichsbundes für Obst- und Gemüsebau, und das dazu Gesagte. Glaubt man etwa im Ernst daran, auf diesem Wege praktische Erfolge zu erreichen?

Die Haupttätigkeit im Vorjahre bestand naturgemäß in der Durchführung der Lohnbewegungen. Am Anfang des Jahres konnten die Tarife noch monatlich, am Jahresschluß jedoch für höchstens 14 Tage abgeschlossen werden. 1921 waren im Bereiche der Ortsverwaltung 143, im Jahre 1922 dagegen 258 Tarifverhandlungen notwendig. Während 1921 die durchschnittlichen Lohnerhöhungen am Jahresschluß 80 % betragen, ergaben sich 1922 folgende Steigerungen: Staats- und Gemeindebetriebe 3000—3200 %, Friedhöfe 3300 %, Landschaft 2800—3000 %, Handelsgärtnerei im Durchschnitt 2500 %, Baumschulen 3500 %, Rennbahnen 3000 %, Privatgärtnerei 2500—2800 %, Blumen-geschäfte 2800 %. Trotz dieser zahlenmäßig hohen Steigerung ist die weitere Verschlechterung des Reallohnes nicht aufzuhalten gewesen. Nicht immer sind die Verhandlungen friedlich verlaufen. Im März wurde in der Landschaftsgärtnerei ein glänzend durchgeführter Streik gewonnen. In der Handelsgärtnerei kam es im Frühjahr und im Spätsommer zu Teilstreiks. Außerdem war unser Verband im Februar an dem Streik der städtischen Arbeiter mit beteiligt.

Aus Raummangel muß auf ausführliche Berichte über die Entwicklung in den einzelnen Branchen verzichtet werden. In den Staatsbetrieben ist insofern eine Änderung eingetreten, als für die Betriebe der ehemaligen Krone ein Sondertarif geschaffen wurde. Bei allen Verhandlungen spielen die Lohnverhältnisse der gewerblichen Gärtnerei, die als Grundlage bei der Festsetzung der Löhne dienen, eine außerordentliche Rolle, so daß gerade hier unsere Kollegen an der Stärkung der Berufsorganisation das allergrößte Interesse haben. Bei den bekannten Entkommunalisierungs-Bestrebungen der Gemeinden, deren Durchführung in ungeahnter Weise vorgeschritten ist, gilt dasselbe für unsere Kollegen in diesen Betrieben. Ein sehr großer Prozentsatz ist durch einschneidende Betriebseinschränkungen, deren Durchführung längst nicht als beendet angesehen werden kann, genötigt gewesen, in der Erwerbs- oder Privatgärtnerei unterzukommen.

Eine Hochkonjunktur, wie selbst in der Vorkriegszeit nicht vorhanden, war in der Landschaftsgärtnerei zu bezeichnen. Ein einheitlicher Tarifabschluß wurde zu Beginn des Jahres von den Arbeitgebern abgelehnt. Durch den Frühjahrsstreik gelang es jedoch, mit den maßgebendsten Firmen Einzel-tarife abzuschließen. Unserm Vorgehen ist es in erster Linie zu verdanken, daß sich die meisten Firmen in dem Arbeitgeberverband der Landschaftsgärtner und Gartenarchitekten vereinigten. Nach Überwindung der mannigfaltigsten Schwierigkeiten kam anschließend ein einheitlicher Tarif zustande, der mittlerweile für allgemein verbindlich erklärt worden ist. Dadurch ist die beste Handhabe gegeben, die vorher bestehende gegenseitige Schmutzkonkurrenz auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die einheitliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist zweifellos ein Fortschritt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dies dürften mittlerweile auch die weiterblickenden Arbeitgeber eingesehen haben. Unsere Aufgabe muß es nun sein, den Tarifvertrag den Verhältnissen entsprechend auszubauen. Auf die weitere Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz wird von allen Vertragspartnern das größte Gewicht zu legen sein.

Werbt für unser „Gärtnerei-Fachblatt“, es ist zurzeit die billigste Fachzeitschrift Deutschlands.

Auf den Friedhöfen sind fast durchweg größere Betriebseinschränkungen erfolgt. Seit Oktober/November wird auf fast allen evangelischen Friedhöfen verkürzt gearbeitet. Dies war auch auf dem großen Jüdischen Friedhof in Weißensee einige Wochen zu verzeichnen. Durch die Betriebseinschränkungen sind vielfach ältere Kollegen, die dreißig Jahre und länger auf den Friedhöfen tätig waren, zur Entlassung gelangt. Wir haben uns nach Kräften bemüht, für diese Kollegen einzutreten. Mit den evangelischen Gemeinden wurden besondere Richtlinien darüber vereinbart. Mit der Jüdischen Gemeinde wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach den Ausscheidenden Abfindungen in Höhe von 110—180 000 M. gezahlt wurden. Mit der St. Georgen-Kirchengemeinde kam neuerdings ein Vergleich vor dem Schlichtungsausschuß zustande, wonach für acht Kollegen insgesamt 800 000 M. als Entschädigung gezahlt wurden.

Nach mehrfachen Verhandlungen mit den evangelischen Kirchengemeinden haben wir es durchsetzen können, wieder als Tarifkontrahent anerkannt zu werden. **Nur durch die geschlossene Haltung unserer Kollegen, die allen Anfeindungen zum Trotz unserer Organisation die Treue bewahrten, ist dies ermöglicht worden. Jetzt gilt es, die uns noch Fernstehenden restlos der Organisation zuzuführen.**

In den Baumschulen war bis jetzt ein verhältnismäßig guter Geschäftsgang zu verzeichnen, jedoch machen sich neuerdings Einschränkungsbestrebungen bemerkbar. Wenn sich auch die Verhandlungen immer schwieriger gestalten, so ist es doch möglich gewesen, laufend Tarifverträge abzuschließen. Bemerkenswert soll noch werden, daß der in Falkenrehde-Ketzin gegründete Späthbund - ein gelbes Gewächs mittlerweile von der Bildfläche verschwunden ist.

Äußerst ungünstig liegen die Verhältnisse in den Blumen-geschäften. Die Zahl der Beschäftigten ist stark zurückgegangen, die Bezahlung außerordentlich mangelhaft. Diese Berufsgruppe gehört zu der am schlechtesten entlohnten Berlins. Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß auch die Gleichgültigkeit vieler „Illütr“ an diesen Verhältnissen schuld trägt.

Für unsere Mitglieder auf den Rennbahnen mußte wiederholt der Schlichtungsausschuß angerufen werden, da es auf dem Verhandlungswege nicht möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Von den meisten Rennbahnverwaltungen ist der Manteltarif gekündigt worden. Einige Verwaltungen haben sich dem Arbeitgeberverband der Landschaftsgärtnerei angeschlossen. Anscheinend verspricht man sich, durch diese Maßnahmen eine Schlechterstellung der Arbeiterschaft herbeizuführen. Von dem Verhalten unserer Kollegen wird es abhängen, falls man weiter geschlossen organisiert bleibt, dies zu verhindern.

Die Verhältnisse in der Privatgärtnerei sind bereits in der letzten Zeitung behandelt worden. Auch soweit, wie unsere Kollegen in anderen Betrieben, wie Metallindustrie, Brauereien usw., beschäftigt werden, haben wir es uns angelegen sein lassen, ihre besonderen Interessen zu vertreten.

Über den Umfang der Organisationsarbeit geben die nachstehenden Zeilen Aufschluß: Der Schlichtungsausschuß wurde in 45 Fällen, die Gewerbe- bzw. ordentlichen Gerichte in 43 Fällen angerufen. Hierbei sind erhebliche Summen für unsere Kollegen herausgeholt worden. Die Angestellten waren an rund 1100 Verhandlungen, Versammlungen usw. beteiligt. Posteingänge waren 2700, Postausgänge 17 800 zu verzeichnen. Dies bedeutet einen kleinen Rückgang gegenüber dem Vorjahre. Zweifellos ist dies auf die ständigen enormen Portoerhöhungen zurückzuführen. **Der Markenverkauf sowie der Mitgliederstand weisen im vergangenen Jahre eine Steigerung auf. Dies ist ein Beweis, daß unsere Kollegen den Wert der Organisation trotz aller Anfeindungen erkannt haben.**

Die Gewerkschaftsarbeit wird heute vielfach als Sisyphusarbeit bezeichnet. Rein oberflächlich betrachtet, mag diese Auffassung auch stimmen. Nach jedem Tarifabschluß ist man genötigt, umgehend neue Verhandlungen in die Wege zu leiten, da bei der fortschreitenden Geldentwertung die Verschlechterung der Lebenslage auch beim besten Abschluß nicht aufzuhalten ist. Aber nichts wäre verkehrter, als darum die Gesamtarbeit als nutzlos und vergebens hinzustellen. **Wie würde es erst aussehen, wenn die Arbeiterschaft der völligen Willkür des Unternehmertums preisgegeben wäre?** Die Verhältnisse in unserem Berufe beweisen es schlagend, daß dort, wo unser Einfluß nicht ausreichend ist, geradezu erbärmliche Verhältnisse Platz greifen. Während nach der Sage der Korintherkönig Sisyphus dazu verurteilt war, völlig zwecklos einen schweren Stein den Berg hinaufzurollen, der dann immer wieder zurückrollte, so daß diese Arbeit vollständig vergeblich war, leisten die Gewerkschaften immerhin praktische Tagesarbeit. Dies kann auch von den heftigsten Kritikern nicht weggeleugnet werden. Der politische Horizont ist zurzeit dunkel und gefährdend. Bei allen wirtschaftlichen Krisen wird unser Beruf besonders mitgenommen. **Doppelt notwendig ist es daher, das letzte Bollwerk, die Gewerkschaften, zu erhalten und kampfkraftig auszubauen.**

E. Bernotat, Berlin.

Der Zusammenbruch der deutschen Obst- und Gemüseversorgung

war das Thema einer vom Reichsbund für Obst- und Gemüsebau E. V., Eisenach, nach den Räumen des Reichswirtschaftsrats in Berlin einberufenen Versammlung von Interessenten aller Art. Von Regierungsvertretern waren erschienen: Reichsernährungsminister Dr. Luther, Staatssekretär Ram m vom preuß. Landwirtschaftsministerium, ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums und andere, daneben auch noch verschiedene Abgeordnete und Pressevertreter.

Das erste Referat hielt P o e n i c k e - Eisenach über die Not der Obstzüchter. Er verwies darauf, daß in der nächsten Umgebung von Berlin 376 Morgen Obstplantagen und 60 Morgen Beerenobststräucher ausgerodet worden wären, weil es sich infolge der niedrigen Erzeugerpreise und hohen Frachten nicht mehr lohne, Obstbau zu treiben. Aus dem gleichen Grunde sei die geplante Neuanlage von etwa 274 Morgen Obstplantagen unterblieben und 4520 Morgen Gemüseland, 902 Morgen Spargelkulturen sowie 30 Morgen Rharbarber wären landwirtschaftlich genutzt worden.

Hierin liegt nach unserer Auffassung der Schlüssel zu dem ganzen Problem. Obgleich ohne weiteres zugegeben werden soll, daß die Erzeugerpreise in keinem Verhältnis zu den Händlergewinnen stehen, so muß doch immer wieder deutlich darauf hingewiesen werden, daß nicht nur dieser Umstand am Rückgang der Erzeugung die Schuld trägt, sondern alles ist heute hypnotisiert von der Roggenwährung. Ihr zu Liebe scheut man sogar nicht vor der Abholzung wertvoller Obstbaumbestände zurück, die dem Volksvermögen eine schwere Wunde schlägt, weil diese auf Jahrzehnte hinaus nicht wieder zu ersetzen sind. Wann wird diesem unverantwortlichen Treiben, daß an die Sommerverwüstungen 1917 erinnert, entgegengetreten? Wie lange soll sich das deutsche Volk noch gefallen lassen, daß einige Wenige, deren Profit augenblicklich nicht so recht fließt, ihm derartige Schäden zufügen können?

Vielleicht werden diesen Herren einmal selbst die Haare zu Berge stehen, wenn ihnen die Folgen ihres Vernichtungswahnsinns zum Bewußtsein kommen.

Man sollte sich doch in jenen Kreisen allmählich darüber klar werden, daß nur eine Bedarfsdeckungswirtschaft auf die Dauer den Sieg über die Profitwirtschaft davontragen kann, denn Tausende von Erzeugern sind zum Verhungern verurteilt, wenn die Millionen von Verbrauchern die Abnahme ihrer Produkte ablehnen, entweder weil sie ihnen nicht behagen oder weil sie zu teuer sind.

Letzteres würde zweifellos der Fall sein, wenn man den Obstpreis nach der Roggenwährung feststellen würde, die volkswirtschaftlich eine Gefahr zu werden droht, weil sie eine gesunde Aufblähung aller Preise nach sich ziehen muß. Im vorliegenden Falle würde der Konsum an Obst nur noch mehr zurückgehen und dadurch — immer nach den Rezepten jener Herren — der Tod auch des letzten Obstbaumes besiegelt sein.

Herr P o e n i c k e wies dann noch auf die zunehmende Verschuldung der Züchter hin, wofür er zahlreiche Beispiele gab. So sei z. B. ein solcher in Prenzlau bei 70 Morgen mit 9 000 000 M. in der Kreide. Wie hoch aber der Sachwert dieser 70 Morgen im Vergleich zu den Papiersschulden ist, darüber verlautete nichts.

Im Zusammenhang damit stehe auch die starke Abwanderung der Züchter nach der Industrie, die wir auch bei den Arbeitnehmern in großem Ausmaße zu verzeichnen hatten.

Interessant waren die Ausführungen über die „verheerende“ Wirkung der Getreideumlage, aber keiner der Redner zog die allein mögliche Schlussfolgerung, daß der Obstbau, überhaupt die Gärtnerei — völlig anders als die Landwirtschaft geartet sei und daß man sich von ihr trennen müsse.

Geradezu niederschmetternd wirkten die Darlegungen über die Frachtsätze. An Hand verschiedener Rechnungen legte der Referent dar, daß z. B. alle Züchter in Süddeutschland bei Verfrachtung nach Berlin nur etwa 8—13% der Gesamtsumme in die Hand bekämen. Das andere fressen die im Verhältnis zur Geldentwertung noch nicht einmal hohen Frachten, ferner die Kommissionsräspesen u. dgl. Wahrlich, ein herrliches Wirtschaftssystem!

Auch hier vermüßte man eine klare Absage an dieses Parasitentum und das Bekenntnis, mit diesen überlebten Methoden zu brechen und mit den Verbrauchern direkt in Verbindung zu treten.

Daran anschließend hielt Dr. Ebert von der Landwirtschaftskammer in Berlin einen ähnlichen Vortrag über die Nöte der Gemüsezüchter und gab zuletzt die Forderungen der Züchter bekannt, von denen wir nur die wichtigsten bringen:

1. Wegfall aller Zwangsmaßnahmen gegen die Erzeugung. 4. Erschwerung der Abwanderung von Arbeitskräften durch Wiederherstellung der Demobilisationsverordnung vom 16. 3. 1919. Ferner Ausfuhrfreiheit für im In-

lande nicht absetzbares Obst und Sicherstellung eines Existenzminimums für den Betriebsinhaber.

Auch hierbei hat man anscheinend die Inkonsequenzen seiner Auffassungen gar nicht bemerkt: Für sich Ellenbogenfreiheit, für die Arbeiter Aufhebung der Freizügigkeit, um sie dann besser ausnützen zu können. Für sich Kredite und Ausfuhrfreiheit, um Valutageschäfte auf Kosten der Steuerzahler machen zu können, während das Inland dann Obst wahrscheinlich nur noch aus Bilderbüchern kennt. Für sich ein Existenzminimum und für die Arbeiter??

Bei allem Verständnis für die Notlage der Züchter können wir ihnen auf diesem Wege doch nicht folgen, denn wir wissen von früher her, daß eine Aufbesserung ihrer Lage sich noch lange nicht bei den Gehilfen- oder sonstigen -Löhnen zeigte. Es mußte immer erst Zwang angewendet werden, um sie an ihre sozialen Verpflichtungen zu erinnern. Wenn sie also auf der einen Seite unsere Mithilfe sehr gerne sähen, so müssen wir ihnen doch andererseits einprägen, daß die Arbeiterschaft sich heute ein Mitbestimmungsrecht erobert hat und nur dann Neigung für solche Maßnahmen empfindet, wenn sie auf volles Verständnis und volle Anerkennung ihrer Menschenrechte zählen kann. Vor allem aber: **Hände weg von der Freizügigkeit!**

Die Regierungsvertreter erklärten, daß die Regierung nur Hilfsstellung leisten könne, die Züchter müßten aus eigener Kraft durch straffe Organisation zur Selbsthilfe schreiten. Das veranlaßte einen deutschnationalen Abgeordneten in der Diskussion zu der Erklärung, die Züchter sollten sich im Reichslandbund zusammenschließen und dafür sorgen, daß die Reichstagsmehrheit anders würde. Nur wenn man stark sei, könne man dem andern seine Forderungen aufzwingen.

Wie denn nun, wenn die Verbraucher ebenfalls eine so „Feste Burg“ gründen, den Erzeugern die Pistole auf die Brust setzen und sie fragen würden: Sind wir wegen euch da oder umgekehrt?

Die folgenden Redner warnten vor politischer Ausschachtung und stellten den Berufsverband als die in Betracht kommende Kraft hin. Einer von ihnen sogar mit einer sehr deutlichen Anspielung auf die Geldgeschäfte mancher deutschnationalen Abgeordneten. Lebhaften Widerspruch riefen die Ausführungen des Vertreters vom Verkehrsministerium hervor, ebenso warnte ein Mitglied des RWR. vor Wiedereinführung der Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen. Damit fand die Kundgebung gegen 1/3 Uhr ihr Ende. **W. R.**

Blumengeschäfte

Auf unseren Antrag wurden durch den Geschäftsführenden Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft die im Zentraltarifvertrage vorgesehenen Mindestlohnsätze mit Geltung ab 29. Januar neu festgesetzt. Sie betragen für Binderinnen 4200 M., für Lehrlinge im ersten Lehrjahr 675 M., im zweiten 1125 M., im dritten 1800 M. Diese Mindestlöhne gelten überall dort, wo örtliche Vereinbarungen nicht bestehen oder etwa noch niedrigere Lohnsätze aufweisen sollten.

Wo bleiben unsere guten Arbeitskräfte?

Zu dieser Frage veröffentlicht die „Bindekunst“ das Schreiben einer früheren Geschäftsinhaberin, das wir zu Nutz und Frommen all' derer, die es angeht, hier ebenfalls bekannt geben möchten. Wir knüpfen daran die allerdings etwas schwache Hoffnung, daß dieser Brief auf unsere Arbeitgeber einen etwas tieferen Eindruck machen möge, als unsere Ausführungen dazu bisher erreicht haben:

„Warum werden die Binder in den Blumengeschäften so schlecht bezahlt? Bei freier Kost im Hause 6000 M. und sonst höchstens 12.000 M. (je Monat! D. Schriftl.); das sind unhaltbare Zustände. Wie ganz anders steht sich da ein junger Kaufmann. Und dabei wird von einem Binder so viel verlangt. Er muß Sonntags arbeiten und oft genug werden noch spät abends seine Dienste in Anspruch genommen. Ein junger Mann, der Lust und Liebe zu seinem Beruf hat und wirkliches Geschick besitzt, der nimmt solche Unbequemlichkeiten gewiß gern in Kauf, wenn er als Gegenleistung eine entsprechende Entlohnung erhält, die es ihm gestattet, sich das Notwendigste anzuschaffen. Allein wo das nicht möglich ist, da muß die Arbeitskraft und die Lust gelähmt werden. Der Tarif ist so niedrig, daß nur mit Sorgen durchzukommen ist; bei der jetzt herrschenden Teuerung müßte doch auch hier eine ausreichende Bezahlung stattfinden. Wir hatten früher in einer großen Stadt am Rhein ein Blumengeschäft, das heute noch das erste am Platze ist. Wir hatten damals niemals über Mangel an tüchtigen Arbeitskräften zu klagen. Das Geschäft mußte, als mein Mann starb, verkauft werden. Mein Sohn ist nun auch Binder. Er hat vom Vater die Lust und Liebe und das Geschick zu seinem Berufe geerbt. Allein die Verdienstmöglichkeiten, die dem heute 23-jährigen winkten, zwingen ihn, den so

liebgewordenen Beruf zu verlassen. Er muß umsatteln, so schwer es ihm auch wird. Und so geht es vielen jungen Leuten. In der Regel sind es gerade die Tüchtigsten, die dem Beruf verlorengehen. Die nützlichsten Arbeitskräfte, denen die Energie und auch wohl die Fähigkeiten zum Umsatteln fehlen, bleiben dem Beruf erhalten. Davon hat der Beruf nur Schaden. Gewiß haben die Blumengeschäfte auch große Unkosten, aber es wird doch auch in gar manchen Geschäften immer noch so gut verdient, daß eine bessere Entlohnung sehr wohl möglich wäre. Man sieht heute in den Blumengeschäften so viele schlechte Arbeiten, so wenig Kunst gegen früher. Nur eine gründliche Wandlung in der Gehaltsfrage kann hier Wandel schaffen. Je eher sie kommt, um so mehr gereicht sie dem Beruf zum Segen.“

In den Armen lagen sich beide

Herr Himmelmann, der Vorsitzende der Gruppe Köln des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe, hatte in einer Versammlung erklärt, an eine Arbeitsgemeinschaft mit den Kölner Blütern könne wohl so lange nicht gedacht werden, als deren Leitung in den Händen des jetzigen Vorstands liege. Diese Äußerung bezeichneten nun die Blütern in ihrer Versammlung als eine Schande für sich und ihren ganzen Verband und beschlossen demonstrativ, ihren Ortsvorstand einstimmig wiederzuwählen, um dieses Mißtrauensvotum zurückzuweisen.

Eigenartig! Man redet immer so viel von der Zusammenarbeit aller Stände zum Wohle des Vaterlands und hier können sich nicht mal zwei aufeinander angewiesene Gruppen zum Wohle ihres eigenen Berufs zusammenfinden. Sollten wirklich die historischen Klassengegensätze erst von den bösen Marxisten erfunden sein?

Berichte

Arbeitsjubiläum.

Der Kollege **Constantin Hörsch** konnte am 19. Januar bei den Mannesmanwerken in Troisdorf — Direktor **Wernzer** — sein 25-jähriges Dienstjubiläum feiern. Zu diesem bei den Gärtnern ganz besonders seltenen Feste die besten Wünsche.

Bezirksverwaltung Köln.

Der Handel mit Düngemitteln, Futtermitteln und Sämereien

soll nach einem Antrag der preußischen Landtagsabgeordneten **Porsch, Faßbender** und **Gen.** baldmöglichst reichsgesetzlich geregelt werden, um den Mißständen, für die der Betrugsparagraph nicht mehr ausreichte, entgegenzuwirken.

Die Verpachtung der Stadtgärtnerei in Aachen

ist nach einer Notiz der „Rheinischen Gärtnerbörse“ erfolgt. Pächter ist die Aktiengesellschaft für Kur- und Badebetrieb. Das Palmenhaus wird abgebrochen und sein Inhalt verkauft.

Ausland

Arbeitslosigkeit in Holland.

Nach einem Bericht der Internationalen Landarbeiter-Föderation vom Januar beginnt sich jetzt die Situation in der Gärtnerei gleichfalls zu verschlechtern, so daß für das kommende Frühjahr mit einer bedeutenden Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Warnung vor Argentinien.

In Nr. 37 der A. D. G.-Z. 1922 wiesen wir darauf hin, daß eine Notiz im „Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes“ über günstige Aussichten für deutsche Gärtner in Argentinien nur mit Vorsicht zu genießen sei. Inzwischen erhalten wir von dort die dringende Bitte, vor Zuzug nach Argentinien zu warnen. Eine unglaublich große Zahl deutscher Kollegen hätte sich auf Grund der obigen Notiz um angeblich freie Stellen beworben und es sei nur zu hoffen, daß nicht etwa eine größere Anzahl von ihnen die Ausreise bereits angetreten haben, denn sie würden schwer enttäuscht sein.

Auf dem Wege zum japanischen Gewerkschaftsbund.

(IAAB.) Seit geraumer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu vereinheitlichen. Der Allgemeine Arbeiterverband hatte zum 30. September eine Konferenz nach Osaka zur Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes einberufen, an der zum erstenmal Vertreter von fünf Gewerkschaftsbünden teilnahmen, denen 60 Verbände angehören. Eine Richtung trat für stärkste Zentralisation ein, während eine andere für Beibehaltung voller Autonomie der angeschlossenen Verbände war, die nur durch eine lose Föderation miteinander verbunden sein sollten. Die Widerstände waren so stark, daß eine größere Veranstaltung zur Feier der Einigung abgesagt

werden mußte und Unruhen entstanden, die zur Verhaftung einer Anzahl bekannter Sozialisten, welche den föderativen Gedanken vertraten, führten.

Rundschau

Änderung der Unfallversicherung.

Durch Verordnung vom 16. Dezember 1922 ist die Versicherungspflichtgrenze für Betriebsbeamte auf 1 200 000 M., Jahresarbeitsverdienst erhöht. Die Drittelungsgrenze wurde von 90 000 Mark auf 360 000 M. heraufgesetzt und das Mindeststerbegeld von 3000 M. auf 30 000 M. Die Leistungen aus dieser Änderung der Drittelungsgrenze und des Sterbegeldes gelten für alle Unfälle, die sich nach dem 30. November 1922 ereignet haben.

Gleichzeitig sind die Zulagen der Unfallversicherung wie folgt erhöht:

Bei Verletztenrenten von 33 $\frac{1}{3}$ bis 50 % I. für männliche landwirtschaftliche Arbeiter 54 000 M., II. für weibliche 28 000 M., III. für gewerbliche Arbeiter 90 000 M.

Bei Verletztenrenten von mindestens 50 % sowie bei Hinterbliebenen- und Angehörigenrenten zu I 120 000 M., zu II 72 000 Mark, zu III 192 000 M.

Ein Gesetz zur Erhaltung der Kriegergräber.

hat der Reichstag am 29. Dezember v. J. verabschiedet, auf Grund dessen die im Reichsgebiet liegenden deutschen Kriegergräber dauernd erhalten werden sollen. Diese Aufgabe wird dem Reiche und den Ländern zugewiesen, wozu besondere Ausführungsbestimmungen über die Pflege und die entstehenden Kosten aufzustellen sind. Bei Veräußerungen der betreffenden Grundstücke, auf denen derartige Gräber liegen, kann die Verpflichtung zu deren dauernder Erhaltung auferlegt werden.

Zuschüsse für Zahngebisse.

Der Ausschuß des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten hat vor kurzem Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen bei Zahngebissen entworfen, die zwar nicht bindend, aber den Versicherungsanstalten mit dem Anheimgenben der möglichsten Anpassung übermitteln worden sind. Da ohne weiteres anzunehmen ist, daß die Versicherungsanstalten aus geldlichen Gründen nach diesen Richtlinien verfahren werden, seien die wichtigsten Punkte mitgeteilt.

Voraussetzung für die Gewährung eines Zuschusses ist bei Pflichtversicherten in der Regel, daß mindestens 100 Pflicht- oder Selbstversichertenbeiträge nachgewiesen sind und die Anwartschaft nicht erloschen ist (§ 1279 RVO). Von der ersten Forderung wird in der Regel abgesehen, wenn der Versicherte noch keine 100 Pflichtbeiträge entrichten konnte (Jugendliche). Bei Selbstversicherten, daß die Wartezeit (500 Wochen) erfüllt und die Anwartschaft nicht erloschen ist. Bei freiwillig Versicherten ist eine über die gesetzliche zweijährige Mindestzahl hinausgehende Beitragsleistung erforderlich.

Die Gewährung eines Zuschusses zum Zahnersatz von der Versicherungsanstalt kommt nur in Frage bei Versicherten und Witwen von Versicherten (§ 1269 RVO). Die Zuschüsse werden nur bewilligt zur Beseitigung eines nachweisbaren Leidens, welches den Eintritt der Invalidität befürchten läßt, oder wenn ein solches ohne Bewilligung eines Zahnersatzes zu entstehen droht.

Die Gewährung eines Zuschusses ist ausgeschlossen, wenn der Antrag erst nach Beschaffung des Gebisses gestellt wird, oder wenn es sich um weniger als fünf Zähne handelt. Ebenfalls ausgeschlossen ist ein Zuschuß bei Renteneempfängern sowie bereits invaliden Versicherten und wenn sich die Krankenkasse nicht anteilig für den bei ihr Versicherten an den Kosten beteiligt. Die Krankenkasse kommt dann nicht mehr in Frage, wenn der Antragsteller nicht mehr bei ihr versichert ist. Bemerkenswert sei noch, daß es den Zahnärzten oder Zahntechnikern nicht gestattet ist, für die Anfertigung des Gebisses, außer den in dem Kostenanschlag berechneten Sätzen, von dem Patienten Sonderzahlungen irgend welcher Art zu verlangen, es sei denn, der Patient wünscht bei der Anfertigung des Gebisses Goldarbeiten. Hierfür kommt weder die Versicherungsanstalt noch die Krankenkasse auf.

Henry Ford über die Lebenshaltung der Arbeitenden.

Henry Ford ist der erfolgreichste Unternehmer Amerikas. Er hat die modernste Serienfabrikation von Automobilen eingerichtet und dieses Vehikel zum Volksverkehrsmittel der Yankees gemacht. Um seine Automobilfabrik gruppieren sich eine Reihe von Hilfsunternehmungen, die der Herführung der Rohstoffe bis zum verarbeitungsbereiten Halbfabrikat dienen. Neuestens strebt Ford darnach, in Europa die Automobilfabrikation nach seinen Grundsätzen einzurichten, und gewisse Nachrichten sprechen davon, daß er Österreich dazu erkoren habe.

Organisation ist Leben.

Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsaufwallung, ist, staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort des Vortrages verhallt, das Wort einer Schrift wird überhört von tausend Eindrücken des Alltags — nur der fest Organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch was bedarf es der Worte! Wenn die ernste Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die vom entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation.

Adolf Damaschke.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ war nun in der Lage, einen Artikelzyklus aus der Feder Fords zu veröffentlichen, in welchem er die Grundsätze seiner Geschäftsführung darlegte, die frei von der Engherzigkeit der Unternehmerschaft Deutschlands sind. Aber auch in der Frage der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen bringt er Ansichten vor, die in einem wohlthuenden Kontrast zu den Lamentationen des deutschen Unternehmertums stehen, das die bekanntlich zur Rettung der Wirtschaft den Arbeitern und Angestellten eine Hungerkur verordnet. Am 20. August 1922 schrieb er dort:

„Ich glaube nicht, daß das Volk sich Entbehrungen auferlegen soll. Ich bin nicht für die Art von Sparpredigten, die sagen, daß ein Arbeiter aus Sparsamkeit keinen weißen Kragen tragen soll. Ein weißer Kragen ist hübscher als ein schwarzer. Statt dem Manne zu sagen, er solle einen schwarzen Kragen tragen, weil er länger hält und billiger zu reinigen ist, würde ich den weißen Kragen so billig herstellen, daß er weniger kostet als der schwarze. Und ich würde ihm in seiner Fabrik solche Löhne zahlen, daß er sich so viel weiße Kragen kaufen kann, als er will. Es gibt ein Sparsystem der Entbehrung und eines des angemessenen Verbrauches, und ich glaube, das zweite ist für jedermann besser.“

Leider besteht wenig Aussicht darauf, daß diese Belehrung, wiewohl sie in der „Neuen Freien Presse“ — also in dem sechsten Buch Moses' der österreichischen Industrie — erschien, bei dieser auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Bekanntmachungen

Alfred Kutzner hat in Leipzig 1000 M. geliehen, doch deren Rückgabe „vergessen“. Um Angabe seiner jetzigen Adresse wird ersucht.
Hauptverwaltung.

Schwibus. In Zukunft findet die Beitragszahlung nur noch in der Wohnung des Kassierers, Kollegen Golze, Schwibus, Brätzerstr. 12, statt.

Plauen i. V.: Vorsitzender: Koll. Rockstroh, Heidenstr. 7. Kassierer: Koll. Steidler, Zieprechtstr. 48.

Sterbetafel.

Am 3. Januar verstarb im Alter von 67 Jahren das Mitglied der Verwaltung Groß-Berlin, Bezirk Potsdam, der Kollege **Rudolf Grunz**.

Als Opfer seines Berufes in den Tod getrieben wurde am 23. Dezember vorigen Jahres das Mitglied unserer Verwaltung Mühlheim-Ruhr, der Obergärtner **Otto Thorhauer** der Firma Thyssen.

Vor kurzem verstarb das Mitglied der Verwaltung Hamburg, der Kollege **Ludwig Stoldt** aus Rellingen im 66. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau

Die Grundlage des Schlichtungswesens. Von Regierungsrat Dr. G. G. Flato w. Verlag I. H. W. Dietz Nachf., Berlin-Stuttgart. Grundzahl 60 Pf.

Die Hungersnot in der Ukraine. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Lindenstr. 3. Grundzahl 50 Pf.

Die Urentwicklung der Menschheit. Von Dr. O. Hauser. Buchhandlung Freiheit G. m. b. H. Preis 20 M.

Männer vom Bau. Von Max Dortu. Verlag Lothar Joachim-Leipzig. Großstadt. Von Max Dortu. Verlag Lothar Joachim-Leipzig.

Das Volkslied für Heim und Wanderung. Volksliederbuch von Hermann Böse. 2. verbesserte Auflage. 55. bis 74. Tausend. 320 Seiten. Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Grundpreis kartoniert 2 M., gebunden in Halbleinen ca. 3 M. (mal Teuerungszuschlag des Verlags 4/).

Redaktionschluß der nächsten Nummer Mittwoch, den 14. Februar